

Mary Kreutzer, Thomas Schmidinger (Hg.)

Irak

Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?

Ça ira *g Herbst 2004 * 418 Seiten * 19,00 € * ISBN 3-924627-85-1

© Ça ira, Postfach 273, 79098 Freiburg

Mary Kreutzer/Thomas Schmidinger

Einleitung

Ein Überblick der historischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Irak

Der heutige Irak zählt gemeinsam mit Ägypten und dem Indusland zu den ältesten Kulturlandschaften der Welt. Hier, im "Fruchtbaren Halbmond", wurden mit der neolithischen Revolution, dem Anbau von Getreide und den ersten stadtartigen Siedlungen der Menschheit jene entscheidenden Schritte gesetzt, die heute noch die Basis der menschlichen Zivilisation bilden. Über Jahrtausende hinweg lösten sich im Zwischenstromland Stadtstaaten und Königreiche von Sumer, Babylon über die Assyrer und Perser bis hin zu Alexander dem Großen und den hellenistischen Reichen einander ab, bis Mesopotamien mit der Niederlage des Sasaniden-Reiches gegen den aufstrebenden islamischen Staat in der Mitte des 7. Jahrhunderts n. Chr. unter islamische Herrschaft kam. Bagdad wurde dabei 762 als neue Hauptstadt des Abbasidenkhalifats gegründet und stellte bis zur Eroberung und Zerstörung durch den mongolischen Heerführer Hülegü 1258 das Zentrum der islamischen Politik, Kultur und Wissenschaft dar. Wie in den meisten Teilen des islamischen Weltreichs dauerte es nach der Eroberung des Irak durch das islamische Khalifat allerdings noch Jahrhunderte, bis die Mehrheit der Bevölkerung auch zur Religion des Islam übergetreten war. Noch heute finden sich im Irak bedeutende religiöse Minderheiten.

Seit der Mitte des 16. Jahrhunderts stand Bagdad, wie der gesamte heutige Irak, unter der Herrschaft der Osmanen und kam nach dem Ersten Weltkrieg unter britisches Protektorat. Die ehemals osmanischen Vilayate Mosul, Bagdad und Basra wurden damit erstmals seit Jahrhunderten zu einem gemeinsam regierten Territorium vereint. Zwar regierten seit 1921 haschemitische Könige das Land, das 1932 in die formale Unabhängigkeit entlassen wurde, de facto konnte aber kaum etwas ohne die Zustimmung der Briten geschehen. Von Anfang an litt der neue Staat aber nicht nur unter der kolonialen Herrschaft, sondern auch unter politischen, religiösen und vordergründig ›ethnischen‹ Spannungen, die sich einerseits aus der Heterogenität des Landes, andererseits aus dem starken Einfluß des arabischen Nationalismus ergaben, der neben einer antikolonialen Stoßrichtung auch genau gegen diese Heterogenität gerichtet war.

"Kollektive Identitäten" und Nationalstaat

Neben einer schiitischen Mehrheitsbevölkerung (circa 60 % der Gesamtbevölkerung), die Großteils im Süden des Landes bis Bagdad lebt, aber auch einzelne kurdische und turkmenische Gruppen im Norden, wie die Feyli-Kurden umfaßt, lebt im Zentralirak (im so genannten "Sunnitendreieck")

zwischen Bagdad, Mosul und der syrischen Grenze) eine arabisch-sunnitische Minderheit (circa 20 % der Gesamtbevölkerung), die jedoch zugleich die politische und ökonomische Macht im neuen Staat ausübte. Auch die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung des Irak sind Sunniten, wobei diese sich ihre "kollektiven Identitäten" primär aus ihrer sprachlich-ethnischen Zugehörigkeit zu den Kurden beziehungsweise zu einzelnen kurdischen "Stammesföderationen" konstruierten. Im kurdischen Nordirak gibt es zudem größere Minderheiten der Yezidi (oder kurdisch: Ezidi), die ihr Zentrum in der Region des Gebel Sinjar hatten, Anhänger kleinerer aus dem Islam hervorgegangener Religionsgemeinschaften wie die Ahl al-Haqq, sowie Angehörige christlicher Kirchen, die sich als Assyrer, die überwiegend noch verschiedene Dialekte der aramäischen Sprache sprechen, oder Armenier definieren. Gegen die assyrische Minderheit richtete sich 1933 auch das erste Massaker arabisch-nationalistischer Truppenteile im Nordirak. Im Südirak leben zudem bis heute rund 100 000 Angehörige der Mandäer, einer Religionsgemeinschaft, die sich auf Johannes den Täufer (Yahia) beruft und die trotz der Übernahme vorislamischer gnostischer und altmesopotamischer religiöser Vorstellungen als monotheistische Religion vom Islam toleriert wurde. Auch die Mandäer sprachen bis vor kurzem einen aramäischen Dialekt, der allerdings nur noch von älteren Menschen und religiösen Würdenträgern beherrscht wird. Außerdem waren in den 1930er-Jahren in den großen Städten, insbesondere in Bagdad und Basra, aber auch in Suleimaniya, Kirkuk und anderen kleineren kurdischen Städten große jüdische Minderheiten (circa 120 000 Menschen) vertreten. Neben diesen rabbinischen Jüdinnen und Juden existierte in Hit, einer Kleinstadt westlich von Bagdad, bis zu Beginn der 1950er-Jahre eine kleine karäische Gemeinde. Diese jüdische Sekte, die den Talmud ablehnt, hatte lange Zeit ihre Zentren im heutigen Irak. Im 20. Jahrhundert war davon jedoch nur noch eine Gemeinde übriggeblieben.

Gegen die jüdische Minderheit des Irak, die zu den ältesten Bevölkerungsgruppen des Landes zählte und die ihre Geschichte bis auf die Zeit des Babylonischen Exils rund 3000 Jahre zurückverfolgen konnte, richtete sich 1941 nach dem panarabischen Putschversuch Rashid Ali al-Gaylanis der erste große Pogrom gegen Jüdinnen und Juden in der arabischen Geschichte ("Farhud"), dem rund 180 Juden zum Opfer fielen. Weitere Todesopfer konnten zum Teil durch das Einschreiten muslimischer Nachbarn, die sich gegen den arabischen Nationalismus stellten, verhindert werden. Die hier erwähnten "kollektiven Identitäten", die selbstverständlich keine natürlichen Einheiten sind, sondern wie alle "kollektiven Identitäten" immer gedachte Gemeinschaften darstellen, die letztlich ideologisch konstruiert wurden, sind jedoch nur als Übergruppen zu betrachten. Bei genauerer Betrachtung spielten auch die Gegensätze zwischen urbaner Bevölkerung und Nomaden und zwischen einzelnen sunnitischen und schiitischen "Stämmen" eine weitere Rolle im Konglomerat kollektiver Identitäten innerhalb des jungen Staates, dessen Eliten sich durch diese Subidentitäten ständig bedroht sahen.

Paranoide Herrschaft einer Minderheit

Insbesondere die Tatsache, daß die politischen und ökonomischen Eliten, die sich überwiegend aus der sunnitisch-arabischen Bevölkerung des Zentralirak rekrutierten, selbst einer Minderheit angehörten, führte zu einer ständigen Paranoia der Eliten selbst, die sich von Schiiten und Kurden bedroht fühlten. Dazu kam noch das zunehmende Bedrohungsgefühl durch die regionalen Entwicklungen im Nahen Osten und die Verwandlung der Region in einen der Schauplätze des Kalten Krieges in den späten 1940er-Jahren. Die ersten Opfer dieser Paranoia waren die irakischen Jüdinnen und Juden, die nach der Staatsgründung Israels 1948 fast alle vertrieben wurden beziehungsweise nach Anschlägen und Bedrohungen "freiwillig" flüchteten. Daß die irakischen Juden dabei nicht aus Begeisterung für den Zionismus nach Israel emigrierten, zeigt auch, daß der Großteil der jüdischen Bevölkerung erst 1950 (32 352 Personen) und 1951 (89 088 Personen) nach Israel auswanderten. Im Jahr der Gründung Israels waren es lediglich 15 gewesen, was allerdings auch an den damals noch gültigen Ausreisebeschränkungen für Jüdinnen und Juden lag. Erst in den frühen 1950er-Jahren konnte die Masse der jüdischen Bevölkerung - allerdings unter Zurücklassung ihres gesamten Vermögens - das Land verlassen. Das "Bedrohungsszenario", das die sunnitisch-

arabischen Eliten durch ihre eigene Minderheitenposition und die regionalen Entwicklungen entworfen, erklärt teilweise die Unterstützung und Förderung panarabischer Strömungen durch große Teile des hashemitischen Königshauses. In einem panarabischen Staatsgebilde wären die arabischsprachigen Sunniten nämlich nicht mehr eine Minderheit gewesen, sondern Teil einer überwältigenden Mehrheitsbevölkerung. Insbesondere nach dem Sturz der Monarchie 1958 fühlten sich diese Eliten zunehmend bedroht, spielten in der neuen Regierung unter Abd al-Karim Qasim doch bisher von der Macht ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen eine zunehmende Rolle. Insbesondere der gestärkte Einfluß der Kommunistischen Partei, die als größte Massenbewegung im gesamten Irak Einfluß nahm, wurde von den alten Eliten ebenso als Bedrohung wahrgenommen wie von den jüngeren arabischnationalistischen Gruppen, allen voran der damals noch in rivalisierende Banden aufgesplitterten Ba'th-Partei. So richtete sich auch die Gewalt der Ba'thisten nach ihrem ersten Putsch 1963 überwiegend gegen Kommunisten oder solche, die dafür gehalten wurden. Über 10 000 Menschen wurden während der Kämpfe in den Armenvierteln Bagdads und in den darauffolgenden Wochen ermordet. Tausende Kommunisten wurden in Fußballstadien zusammengetrieben und erschossen. Unterstützt wurde die Ba'th-Partei dabei während des Höhepunktes des Kalten Krieges von den USA und anderen westlichen Staaten, die eine Machtübernahme der Kommunisten im Irak verhindern wollten.

Gewaltsame Homogenisierung

Nachdem die Ba'th-Partei 1968 nach einem erneuten Putsch endgültig die Macht übernommen hatte, konnten sich die arabischen Nationalisten in einem Bündnis mit den alten arabisch-sunnitischen Eliten an eine gewaltsame Nationenbildung und damit einer Homogenisierung eines arabischen Irak versuchen. Die ersten blutigen Verfolgungen richteten sich einmal mehr gegen Juden sowie gegen Kommunisten. Allerdings wandte sich die irakische Ba'th-Partei, nachdem sie die Macht stabilisiert hatte, von ihren westlichen Verbündeten ab und der Sowjetunion zu. In den 1970er-Jahren waren es insbesondere Militärs und Sicherheitskräfte aus der DDR, die den irakischen Repressionsapparat ausbildeten. Es gehört zu den tragischsten Entwicklungen der irakischen Linken, daß jene Kommunistische Partei, die die meisten Todesopfer durch den Ba'thismus zu beklagen hatten, in den 1970er-Jahren auf Druck der UdSSR und aufgrund einer falschen Einschätzung der vorgeblich sozialistischen Verstaatlichungspolitik des Ba'th-Regimes sich in eine Koalition mit der Ba'th-Partei begab und sich damit nicht mehr effektiv gegen die totale Machtergreifung Saddam Husseins innerhalb des Regimes wehren konnte. Rückwirkend wird dieser Schritt auch von der Irakischen Kommunistischen Partei, die in den 1980er-Jahren den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnahm, als Fehler betrachtet. Die brutale Homogenisierungspolitik des Regimes richtete sich schließlich primär gegen schiitische Oppositionelle und gegen Kurdinnen und Kurden, die abwechselnd als "Agenten des Iran" oder "zionistische Agenten", jedenfalls aber als Bedrohung für den arabischen Irak angesehen wurden. In den Kontext dieser gewaltsamen Nationenbildung ist auch die Deportation von etwa 200 000 Schiiten in den Iran zu setzen, die angeblich ›iranischer Herkunft‹ gewesen sein sollen. Tatsächlich ging es dem Regime darum, mit großangelegten Vertreibungen den Widerstandsgeist der schiitischen Bevölkerung zu brechen und die Bevölkerungszusammensetzung zugunsten sunnitischer Araber zu verändern.

Dieses Ziel verfolgten in den 1990er-Jahren auch die Vertreibungen von Zehntausenden Kurdinnen und Kurden aus der Erdölregion um Kirkuk und die Ansiedlung von Palästinensern und sunnitisch-arabischen Irakern in der Region. Damit wollte Saddam Hussein die erdölreiche Region für den arabischen Irak sichern und die kurdischen Ansprüche delegitimieren. Auch der irakisch-iranische Krieg in den 1980er-Jahren wurde vom Regime genutzt, um die interne Repression zu erhöhen. Die Bevölkerung, deren Leben bereits im Laufe der 1970er-Jahre permanent durch Massenorganisationen, Zwangsalphabetisierungskurse, Kinder- und Jugendorganisationen und ein blockwartartiges Zellsystem der Ba'th-Partei kontrolliert wurde, konnte nun auch mit dem Argument der Bedrohung der Heimat durch den nicht-arabischen Iran auf das Regime

eingeschworen werden. Im Zuge dieses Krieges kam es auch zum Einsatz von Giftgas gegen iranische Truppen und nach Ende des Krieges gegen kurdische Dörfer und Städte, etwa bei Halabja, wo 5000 Zivilisten ums Leben kamen. Trotzdem konnte das Ba'th-Regime den Widerstand nie völlig ausschalten. Sowohl die kurdischen Peschmerga als auch schiitische und kommunistische Guerillagruppen in den Sümpfen des Südirak erhoben sich seit den 1970er-Jahren immer wieder gegen die Regierung in Bagdad.

Vom totalitären Staat zum ›rotten state‹

Nach der Niederlage der irakischen Truppen im Zweiten Golfkrieg 1991, der blutigen Niederschlagung der Aufstände im Nord- und Südirak und dem Beginn des UN-Embargos änderte sich jedoch die Herrschaftsstruktur des Irak vom totalitären Staat in eine zunehmend kriminell-mafiöse Struktur, die durch den illegalen Erdölhandel in die Nachbarstaaten begünstigt wurde. Die Familie und engere Klientel Saddam Husseins konnten sich dadurch extrem bereichern, während der Staat als solcher immer funktionsunfähiger wurde und sich schließlich auf seinen Repressionscharakter reduzierte. Die katastrophalen Folgen für die Versorgungslage der Bevölkerung, für die medizinische Verpflegung, die zivile Infrastruktur des Landes usw. konnte das Regime problemlos auf die Folgen des UN-Embargos schieben. Parallel zur Schwächung des Staates und zur Stärkung klientelistischer informeller Strukturen um die Familie Saddam Husseins begann eine vom Regime betriebene (Re-) Tribalisierung des Irak. Nicht mehr der zunehmend ausgehöhlte Staat, sondern persönliche Stammesloyalitäten sollten den Machterhalt Saddam Husseins garantieren. So wurden Stammescheichs stärkere Rollen zugeordnet. Wo es keine Stämme mehr gab oder diese nur mehr rudimentär vorhanden waren, wurden neue Stämme geschaffen und loyale Scheichs eingesetzt, die wiederum die Loyalität ihrer Untertanen gegenüber der Herrscherfamilie beziehungsweise Saddam Hussein und seinen Söhnen Uday und Kusay garantieren sollten. Die Grundlagen für eine mögliche Tribalisierung und Ethnisierung des Irak nach dem Sturz Saddam Husseins wurden damit schon unter der Spätphase des Ba'th-Regimes in den 1990er-Jahren gelegt.

Zwischen Ethnisierung und Demokratisierung

Teilweise spielen diese (wieder-) erfundenen tribalen Identitäten auch nach dem Sturz Saddam Husseins eine wichtige Rolle. Die widersprüchliche Politik der Besatzer, sich neben den politischen Parteien auch auf "traditionelle" oder vermeintlich traditionelle Herrschaftsstrukturen zu stützen, könnte dieser Tendenz ebenso Vorschub leisten wie die Tatsache, daß sich einige politische Parteien des Irak, wie die kurdischen Parteien, die Parteien der Assyrer, Turkmenen oder der Schiiten (SCIRI, Da'wa usw.) weitgehend entlang der Grenzen dieser religiös oder ethnisch definierten "kollektiven Identitäten" organisieren und nicht primär aufgrund ideologischer Positionen. Dies ist insbesondere für bisher ethnisch oder religiös definierte und verfolgte Gruppen verständlich und im Sinne einer kollektiven Selbstverteidigung naheliegend. Allerdings bräute eine dauerhafte Festschreibung einer ethnisierten Demokratie bestenfalls ein System ähnlich dem libanesischen mit sich, das den ethnisch-religiösen Proporz über den ideologisch-politischen Wettbewerb stellen würde. Damit muß jedoch nicht automatisch ein Zerfall des Staates oder ein Bürgerkrieg einhergehen. Zudem ist ein politisches System, das auf tribalen, ethnischen und religiösen Einheiten aufbaut, im Irak unwahrscheinlicher als in Afghanistan, wo von Anfang an auf "traditionelle Autoritäten" oder das, was man dafür hielt, gesetzt wurde. Im Irak spielen die politischen Parteien durchaus eine wichtige Rolle, darunter auch solche, die nicht an ein ethnisch oder religiös definiertes Kollektiv gebunden sind, wie etwa die Kommunistische Partei, der Irakische Nationalkongreß (INC) oder eine Reihe von kleineren liberalen und demokratischen Parteien. Im Irak gibt es eine gebildete urbane Schicht, ein ebenfalls gebildetes und teilweise hochqualifiziertes

Exil und eine ökonomische Basis, die mittelfristig eine Basis für eine Entwicklung eines föderalistischen demokratischen Systems bilden könnte. Tatsächlich hat die Demokratisierung des Landes seit April 2003, als das Ba'th-Regime von einer von den USA und Großbritannien geführten Koalition gestürzt wurde, bedeutende Fortschritte gemacht. Bereits der von den Besatzungstruppen eingesetzte Regierungsrat ergab ein überraschend repräsentatives Bild der irakischen Parteien. Seither arbeiten die kurdischen Parteien mit Kommunisten, gemäßigten Islamisten und Nationalisten in einem Gremium zusammen. So wird es erst möglich, die über Jahrzehnte eingefrorenen politischen Konflikte auszutragen. Daß es in den letzten Monaten auch zu Demonstrationen gegen Arbeitslosigkeit, gegen Versuche zur Einführung der Sharia oder gegen die Folter durch US-amerikanische oder britische Militärs gekommen ist, zeigt, wie rasch Aspekte demokratischer Partizipation nach über einer Generation ba'thistischer Herrschaft wieder erlernt werden. Formal stellt dabei sicher die vom Regierungsrat beschlossene Übergangsverfassung den wichtigsten Schritt zur Überwindung des Ba'thismus dar, die nicht nur eine Mehrparteiendemokratie, die Gleichstellung der kurdischen und arabischen Sprache und den Föderalismus festschreibt, sondern auch eine 25 %-Quote von Frauen für öffentliche Ämter vorsieht. Der Islam ist darin nur als eine - nicht aber als *die* - Quelle der Gesetzgebung beschrieben. Diese Verfassung ist damit nichts anderes als ein Kompromiß. Daß darüber überhaupt verhandelt werden kann, zeigt zumindest den Willen der irakischen Parteien, Konflikte zukünftig anders zu lösen als das Ba'th-Regime. Zurecht betrachten die autoritären Regime der Nachbarstaaten des Irak eine solche Entwicklung jedoch als Bedrohung ihrer eigenen Existenz. Würde sich der Irak tatsächlich in einen demokratischen Staat verwandeln, wären damit auch die anderen autoritären Regime des Nahen Ostens in Frage gestellt. Darin besteht zugleich die große Chance des Demokratisierungsprozesses im Irak wie eine seiner größten Gefährdungen. Schließlich häufen sich die Nachrichten, daß einige Nachbarstaaten jene Gruppierungen im Irak direkt oder indirekt unterstützen, die mit Anschlägen, die immer mehr irakische Zivilisten und immer weniger Besatzungssoldaten treffen, eine Stabilisierung des Landes verhindern wollen und den Irak zu einem ihrer Hauptschlachtfelder ihres Jihad gegen den "großen Satan" USA erkoren haben.